

**Leitlinien
eines sozialdemokratischen
Regierungsprogrammes**

51160

SPD Landesverband Saar

Leitlinien eines sozialdemokratischen Regierungsprogrammes

Schriftenreihe Politik der SPD-Saar



Herausgeber: SPD Landesverband Saar, Saarbrücken 1, Hohenzollernstr. 45

Verantwortlich: Hans Jürgen Petersdorf

2/74

Druck: Druckerei Willi Walch, Saarbrücken

A51160

g 1407 FES M.3 72

Vorwort

In vielen Bereichen nimmt das Saarland unter den Bundesländern die letzte Stelle ein. Dies zu ändern haben sich saarländische Sozialdemokraten vorgenommen. Denn nicht länger dürfen die Bürger unseres Landes die Leidtragenden einer konzeptionslosen CDU-Regierung sein.

Die SPD fühlt sich besonders den Arbeitnehmern verpflichtet. Arbeitsplatzsicherung, Anhebung des Lohnniveaus an Bundesmaßstäbe und Verbesserung der Lebensqualität genießen Priorität.

Die vorgelegten „Leitlinien“ zeigen den Weg auf, den Sozialdemokraten zur Überwindung der Schwierigkeiten zu gehen gewillt sind. Eine breit angelegte Diskussion in der Partei und in der Öffentlichkeit soll mithelfen, sozialdemokratische Zielvorstellungen zu verdeutlichen. Dabei sind wir offen für alle kritischen Stellungnahmen und Anregungen.

Im Herbst wird ein Parteitag das endgültige Programm für die Landtagswahl 1975 verabschieden.

Die SPD-Saar hat mit der Vorlage der „Leitlinien“ und der Nominierung der Regierungsmannschaft mit Friedel Läßle als Ministerpräsidentenkandidaten der Öffentlichkeit und den Bürgern die Alternativen zur CDU dieses Landes aufgezeigt. Jetzt muß die SPD alle reformbereiten Kräfte in unserem Lande zusammenfassen und für sich gewinnen.

Die SPD ist zur Verantwortung bereit.

Inhalt

Vorwort	3
Zur Verantwortung bereit	5
Gesundheit, soziale Sicherheit und Wohlfahrt	6
Wirtschafts- und Strukturpolitik	7
Bildungspolitik	9
Raumordnung, Umwelt, Städtebau und Wohnungswesen	10
Materialien zur Gesundheitspolitik	12
Sozialpolitik	14
Wirtschafts- und Strukturpolitik	20
Bildungspolitik	26
Medienpolitik	30
Rechtspflege	31
Innere Sicherheit	31
Raumordnung	32
Städtebaupolitik	33
Wohnungsbaupolitik	35
Nahverkehrspolitik	36
Umweltschutzpolitik	37

Zur Verantwortung bereit

Gemeinsam haben Sozialdemokraten und Gewerkschaftler in ihrer mehr als 100jährigen Geschichte Meilensteine des sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Fortschrittes gesetzt.

Aber es bleibt noch viel zu tun. Chancengleichheit und Mitbestimmung in Wirtschaft und Gesellschaft sind noch nicht erreicht. Durchschnittseinkommen und Lebensverhältnisse liegen im Saarland unter dem Bundesdurchschnitt.

Bemühungen zur Verbesserung der Lebensqualität stehen daher im Vordergrund sozialdemokratischer Politik an der Saar.

Als demokratische Sozialisten bemühen wir uns um den Ausbau des sozialen Rechtsstaates.

Wir werden mit durchgreifenden Reformen die Existenzbedingungen der saarländischen Bevölkerung entscheidend verbessern. Unser besonderes Augenmerk gilt den benachteiligten Gruppen z.B. Frauen, Jugend, ältere Mitbürger. Die ohne Verschulden der saarländischen Bevölkerung entstandene Standort und Strukturbenachteiligung werden wir überwinden.

Dazu benötigen wir die verstärkte finanzielle Unterstützung der Bundesregierung.

Die sozial-liberale Bundesregierung mit Willy Brandt an der Spitze hat schon viel für das Saarland getan. Das Vertrauen, das sie den saarländischen Sozialdemokraten entgegenbringt, wird sich auch in Zukunft für unser Land auszahlen.

Gesundheit, soziale Sicherheit und Wohlfahrt

Das Ziel sozialdemokratischer Gesundheitspolitik ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß alle Bürger — ohne Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Lage — die gleichen Chancen besitzen, ihre Gesundheit zu erhalten oder wieder zu erlangen.

■ Die ungleiche Behandlung von Kassen- und Privatpatienten ist diskriminierend und deshalb abzuschaffen.

■ Die ärztliche Unterversorgung wird durch Einbeziehen der Krankenhäuser in die ambulante Behandlung, Einführung mobiler Ambulatorien und durch verstärkten finanziellen Anreiz zur Einrichtung von Gemeinschaftspraxen abgebaut.

■ Die ärztliche Betreuung in den Betrieben sowie das Unfallrettungswesen werden verbessert.

■ Die Krankenhausstrukturen werden demokratisiert.

■ Unsere Sozialpolitik garantiert durch vorbeugende und nachgehende Maßnahmen ein Höchstmaß an sozialer Sicherheit und Selbstbestimmung für alle und ist damit ein Kernstück unserer Gesellschaftspolitik.

■ Zielpunkt der Altenhilfe ist die Erhaltung der selbständigen Lebensführung. Wir messen der Vorbereitung auf das Alter und der offenen Altershilfe besondere Bedeutung bei.

■ Der Bau altersgerechter Wohnungen wird gefördert.

■ Für Kinder und Jugendliche werden Entwicklungsbedingungen geschaffen, die Selbstbestimmung und soziale Bindungen fördern.

■ Die partnerschaftliche Rolle der Frau in Familie und Beruf wird gestärkt.

■ Die gesellschaftliche und rechtliche Gleichstellung der ausländischen Arbeitnehmer ist sicherzustellen. Die Ausbildungschancen der Kinder werden verbessert.

■ Die betriebliche Sozialpolitik ist den Erfordernissen der überbetrieblichen ein- und unterzuordnen. Zusätzliche Sozialleistungen sind der Mitbestimmung unterworfen und stärker an der Mobilitätssicherung zu orientieren.

■ Die Versorgung, Aus- und Weiterbildung der Behinderten sollen zur vollen gesellschaftlichen Eingliederung führen.

■ Gesellschaftliche Mißstände, Ursachen von Kriminalität, Isolation und antisoziales Verhalten werden bekämpft.

Durch Verwirklichung der Chancengleichheit im schulischen, beruflichen und sozialen Bereich sind Obdachlose, Straffällige, Suchtgefährdete und Verwahrloste in die Gesellschaft zurückzuführen.

Wirtschafts- und Strukturpolitik

Wirtschaft und Gesellschaft müssen den Interessen der Arbeitnehmer dienen und daher reformiert werden.

Die Qualität des Lebens, ein angemessener Lebensstandard, die Sicherheit der Arbeitsplätze und die Steigerung des realen Einkommens sind Ziele unserer Bemühungen.

Anstelle der heutigen Wachstumszielsetzung erhält die Humanisierung der Arbeit Vorrang. Dabei kommt der Verwirklichung der Mitbestimmung wesentliche Bedeutung zu.

Sozialdemokraten werden den Wachstumsprozeß so lenken, daß die einseitige Wirtschaftsstruktur unseres Landes überwunden und der Anschluß an die Wirtschaftsentwicklung der Bundesrepublik möglich ist.

Eine kontrollierte Wachstumspolitik wird sicherstellen, daß bei Ansiedlungsvorhaben Vorteile und Folgelasten (Kosten-Nutzen-Analyse) für die Gesellschaft gegeneinander abgewogen werden.

An der Saar müssen weitere Kraftwerke gebaut werden. Damit werden die Energieversorgung gesichert, die Kohleförderung stabilisiert, und die umweltfreundlichste Energieart bereitgestellt und Arbeitsplätze erhalten.

Die Saarkanalisation verringert die standortbedingten Wettbewerbsnachteile der saarländischen Industrie, Insbesondere der Saalhütten. Deren Kooperationsbemühungen und Modernisierung werden unterstützt.

Für das östliche Saarland wird ein Sonderentwicklungsprogramm erstellt.

Organisatorische Verbesserungen helfen Wirtschaftsprobleme lösen

- Saarbergwerke müssen zu einem Motor der Umstrukturierung im Saarland entwickelt werden
- Gründung einer zentralen Landeswirtschaftsförderungsgesellschaft

- Reform der regionalen Wirtschaftsförderung in Richtung auf differenzierte Anwendungsmöglichkeiten
- Beteiligung an der Diskussion zur stärkeren Regionalisierung der Stabilitätspolitik
- Schwerpunktprogramm des Landes zur Industriegeländebereitstellung
- grenzüberschreitende Abstimmung im Saar-Lor-Lux-Raum, der Westpfalz und der Region Trier

Moderne Verkehrsstruktur ist lebenswichtig

- Generalverkehrsplan
- Beschleunigung des Fernstraßenbaues
- Ausbauprogramm für Landes- und Gemeindestraßen
- Kanalisierung der Saar ergänzen durch Überbrückungstarife bis zur Fertigstellung
- Beseitigung des Wirrwar im öffentlichen Personennahverkehr durch Gründung eines einheitlichen Verkehrsverbundes
- langfristige Flughafenkonzeption

Schwerpunkt liegt bei der gesellschaftlichen Infrastruktur

Die Wandlungen der Standortgunst erzwingen eine Prioritätsverschiebung von der technischen zur gesellschaftlichen, d. h. bevölkerungsbezogenen Infrastruktur

- Anhebung des Bildungs- und Kulturwertes der Saarregion auf das Niveau der führenden Bundesländer
- Verbesserung der Umweltqualität
- Verbesserung des Siedlungswertes durch städtebauliche Sanierungsprogramme, vor allem für Kommunen im Bergbau-Einflußgebiet und in den Hüttenstandorten
- Schwerpunktprogramm für die Naherholung und die Entwicklung des Freizeitwertes

Schwerpunktpolitik für gesellschaftliche Gruppen

- Stärkung der Position des Verbrauchers im Marktgeschehen
- Förderung leistungsfähiger kleinerer und mittlerer Unternehmen in Handel, Handwerk und Industrie
- Verbesserung der Position der Frau im Arbeitsmarkt durch Verbesserung der Ausbildung, Förderung der Teilzeitbeschäftigung, Kindertagesstätten, -horte, Servicehäuser, Arbeitsplätze mit Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen.
- Strukturprogramm für die Landwirtschaft

Bildungspolitik

Die Bildung bestimmt entscheidend die Zukunft eines jeden Menschen. Unsere Bildungspolitik will mehr Selbst- und Mitbestimmung in allen Bereichen der Gesellschaft, gleiche Bildungs- und Berufschancen für alle, Verbesserung und Erweiterung des Bildungsangebotes.

Die Verbesserung der beruflichen Bildung ist unser vorrangiges Ziel. In der Berufsausbildung ist die Chancengleichheit für alle zu garantieren. Deswegen streben Sozialdemokraten die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung in der integrierten Gesamtschule an. In der Sekundarstufe II der Gesamtschule (11. bis bis 13. Schuljahr) muß die Integration von beruflicher und allgemeiner Bildung die Möglichkeit bieten, neben einer ersten beruflichen Qualifikation auch eine Studienberechtigung zu erwerben. Die Ganztagschule wird schrittweise eingeführt.

Lehrer, Eltern, Schüler werden an der Gestaltung der Schule verantwortlich beteiligt.

Das Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land wird abgebaut.

Hierzu wird ein Schulentwicklungsplan für das Saarland erstellt.

Die Lernmittelfreiheit wird eingeführt. Die Fahrtkostenerstattung wird ausgeweitet.

Die kostenfreie vorschulische Erziehung für alle Kinder wird eingeführt.

Vorklassen für alle fünfjährigen Kinder und erstes Schuljahr der Grundschule werden zu einer Eingangsstufe zusammengefaßt. Die Klassenstärke wird auf 25 Schüler gesenkt.

Sonderschulen und Sonderschulkindergärten für geistig und körperlich behinderte Kinder werden ausgebaut.

Die in der Hochschule des Saarlandes verbundenen Einzelhochschulen werden zu einer integrierten Gesamthochschule zusammengefaßt mit einem durchlässigen System abgestufter aufeinander bezogener Studiengänge und Studienabschlüsse.

Die Weiterbildung wird gefördert und dabei werden die benachteiligten Gruppen und Regionen besonders berücksichtigt.

Der Bildungsurlaub für alle Arbeitnehmer wird verwirklicht.

Die politische Bildung wird in allen Bildungsbereichen verstärkt und öffentlich gefördert.

Raumordnung, Umwelt, Städtebau und Wohnungswesen

Raumordnerische Entscheidungen sind wichtige Rahmenbedingungen zur Verbesserung der Lebensqualität. Sie haben sich nach den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen zu richten.

Dazu werden wir ein Landesentwicklungsprogramm erstellen.

■ Durch Schaffung von Siedlungsschwerpunkten an Entwicklungsachsen und Durchmischung dieser Schwerpunkte mit den Grundfunktionen Wohnen, Arbeiten, Bilden, Erholen, Versorgung und Verkehr wird der Wohnwert des Saarlandes gesteigert.

■ Menschengerechte Wohnungen, sozial gefördert, in Verdichtungsräumen und im ländlichen Bereich für alle Gesellschaftsgruppen waren in sinnvoller Zuordnung zu den übrigen Grundfunktionen erstellt. Wohnungsvermittlung erfolgt kostenlos durch die Kommunen.

■ Das Eigentum des Saarlandes an Grund und Boden wird nur zur Nutzung überlassen.

■ Die bauliche Umwelt, die Luft, die Gewässer und der Wald werden stärker geschützt.

■ Der öffentliche Personennahverkehr im Saarland wird vorrangig gefördert.

Der außerordentliche Landesparteitag der saarländischen SPD hat am 13. Oktober 1973 den Landes- und Fraktionsvorsitzenden Friedel Läßle (MdL) als Ministerpräsidentenkandidaten der SPD-Saar gewählt.



Als Mitglieder der Regierungsmannschaft stellen wir vor (v.l.n.r.):
Hans Kasper (Innen- und Finanzen),
Peter Springer (Wirtschaft- und Raumordnung),
Kurt Conrad (Innen- und Wohnungsbau),
Friedel Läßle (Ministerpräsident),
Dr. Paul Jochem (Justiz),
Dr. Brunhilde Peter (Bildung und Familie),
Manfred Wagner (Wirtschaft und Soziales),
Norbert Engel (Soziales und Finanzen),
Alwin Brück (Umweltschutz und Bonn),
Prof. Dr. Günter Slotta (Bildung und Bonn),
wegen Erkrankung nicht auf dem Foto.

Materialien zur Gesundheitspolitik

Nach wie vor besteht sowohl in der ambulanten Behandlung als auch bei der Krankenunterbringung für Sozialversicherte und Privatpatienten eine Zwei-Klassen-Medizin.

Neben längeren Wartezeiten, einer geringerwertigen Diagnostik und Therapie in der Ambulanz, gibt es für Sozialversicherte zudem noch eine schlechtere Versorgung und Betreuung im Krankenhaus, die sich mehr nach dem Geldbeutel der Patienten, als nach Art und Schwere der Erkrankung richtet.

Diese Ungleichbehandlung ist nicht nur eine gesellschaftspolitische Diskriminierung, sondern sie kommt einer Ausbeutung des großen Kreises der Sozialversicherten gleich, die für ihre Krankenkassenbeiträge eine optimale Gesundheitssicherung erwarten.

Da die Gesundheit zudem in immer stärkerem Maße durch die Belastungen der modernen Industrielwelt beeinträchtigt wird, ist es das Ziel sozialdemokratischer Gesundheitspolitik an der Saar, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß alle Bürger - ohne Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Lage - die gleichen Chancen besitzen, ihre Gesundheit zu erhalten oder wieder zu erlangen.

Im einzelnen werden wir uns für folgende Veränderungen einsetzen:

■ Das Krankenhauswesen des Saarlandes muß dem Erkenntnisstand der medizinischen Wissenschaft angepaßt werden und den Anprüchen an eine moderne stationäre Versorgung Rechnung tragen.

■ Die Koordination zwischen Krankenhaus und freier Praxis muß verbessert werden;

■ den Krankenhäusern muß die ambulante Vor- und Nachbehandlung ermöglicht werden;

■ medizinisch- technische Einrichtungen sollten dem Krankenhaus und der freien Praxis gleichermaßen zur Verfügung stehen.

■ Die Krankenhausplanung muß in qualitativer und funktionaler Hinsicht verfeinert werden.

■ Das klassenlose Krankenhaus muß verwirklicht werden.

■ Alle Patienten müssen im Krankenhaus gleich behandelt werden. Von daher ist die Abtrennung der Privatstationen von der allgemeinen Pflegeklasse zu beseitigen.

■ Die Privatliquidation der Chefarzte ist zu beseitigen. Solange die Unterteilung in Privat- und Sozialversicherte besteht, erfolgt die Privatliquidation ausschließlich durch den Krankenhausträger.

■ Die hierarchischen Strukturen müssen durch ein Mitbestimmungsmodell abgelöst werden.

■ Die übergroßen Einkommensunterschiede zwischen Chefärzten und nachgeordneten Ärzten werden beseitigt.

■ Krebserkrankungen und Herz-Kreislaufversagen sind die häufigsten Ursachen für plötzlich eintretende Todesfälle. Ihnen kann durch den Ausbau von Vorsorge- und Früherkennung begegnet werden. Die SPD wird sich dafür einsetzen, daß Früherkennungsuntersuchungen auf weitere Krankheiten ausgedehnt werden. Die Einrichtung von Diagnosezentren für Sozialversicherte wird durch Früherkennung von Krankheiten eine Zurückdrängung von lebensgefährdenden Erkrankungen ermöglichen.

■ Zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung der Bevölkerung sind Ärztehäuser einzurichten, in denen frei praktizierende Ärzte ihre Praxis selbstverantwortlich ausüben. Die SPD wird den Zusammenschluß von Ärzten verschiedener Fachrichtungen in Gemeinschaftspraxen fördern. Durch gemeinsame Nutzung medizinisch-technischer Geräte ist eine rationellere und kostensparendere Nutzung zu Gunsten der zu betreuenden Bevölkerung möglich.

■ In ländlichen- und Stadtrandgebieten, in denen eine ausreichende ärztliche Versorgung nicht gewährleistet ist, sind erforderlichenfalls geeignete Krankenhäuser in die ambulante Versorgung der Bevölkerung miteinzubeziehen. Mobile Ambulatorien sind weitere Mittel zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Bereich. Zulassungssteuerung und Vergünstigungen können ebenfalls die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum verbessern. Eine Verbesserung der zahnärztlichen Versorgung im Saarland ist vorrangiges Ziel. Sie muß auch die Schulzahnpflege umfassen.

■ Die SPD wird sich dafür einsetzen, daß auch die ambulante, pflegerische Betreuung von Kranken und Siechen durch Einrichtungen von Krankenpflegestationen ausgebaut wird.

■ Die Aufgaben des öffentlichen Gesundheitsdienstes wachsen im Zeitalter einer schnellen Technisierung. Umwelthygiene, Umwelt- und Verbraucherschutz, Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten, Bekämpfung von Volks- und Suchtkrankheiten, aber auch Gesundheitserziehung und Gesundheitsberatung erfordern einen verbesserten und besser ausgestatteten öffentlichen Gesundheitsdienst.

■ Viele Menschenleben hängen davon ab, daß das Unfallrettungswesen ausgebaut wird. Freipraktizierende Ärzte, Krankenhäuser, der öffentliche Gesundheitsdienst sowie kommunale und sonstige Einrichtungen müssen zusammenwirken.

Die technischen Einrichtungen sind zu verbessern.

■ Die SPD wird sich für die Verbesserung des werksärztlichen Dienstes einsetzen. Die Zahl von über 6.000 tödlichen Arbeitsunfällen jährlich im Bundesgebiet ist erschreckend hoch. Eine arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Beratung und Betreuung muß in jedem Betrieb sichergestellt sein.

■ Um zu vermeiden, daß unterschiedliche Gutachten verschiedener Sozialversicherungsträger zu unterschiedlichen Ergebnissen führen und dadurch Versicherte von Sozialleistungen ausgeschlossen werden, setzt sich die SPD für die Einrichtung eines einheitlichen sozialärztlichen Dienstes ein.

Materialien zur Sozialpolitik

Sozialdemokratische Sozialpolitik dient nicht allein der Hilfe für einzelne und Gruppen, die von der Gesellschaft an den Rand gedrängt werden; sie versucht vor allem mit Hilfe von Eingriffen in die gesellschaftlichen Strukturen und durch vorbeugende Maßnahmen ein Höchstmaß an sozialer Sicherung und Selbstbestimmung zu garantieren.

Altenhilfe

1. In der Altenhilfe ist die Prophylaxe vorrangig.

■ Aufklärung über den Alternsprozeß und seine gesundheitlichen Folgen, verbunden mit Vorbeugungsmaßnahmen.

■ Vorbereitung auf neue, dem Alter angepaßte soziale Rollen, die die Bereitschaft zur aktiven Lebensgestaltung erhalten.

■ Ausbau des Beratungssystems z.B. über die individuelle Rentenerwartung, um eine wirtschaftlich unabhängige Lebensführung zu garantieren.

■ Vorsorge für eine altersgerechte Wohnung.

2. Wo Hilfe erforderlich ist, steht die Erhaltung der selbständigen Lebensführung im Mittelpunkt.

■ Förderung von Wohnungen, die das Zusammenleben mehrerer Generationen ermöglichen.

■ Förderung altersgerechter Wohnungen.

■ Schaffung von Altenbegegnungs- und Werkstätten.

Erweiterung der persönlichen Dienste wie Mahlzeitendienste, Besorgungsdienste, Besuchsdienste, Beratung usw.

3. Wo Betreuung und Pflege unerlässlich sind, gelten drei Prinzipien:

1. die eigenständige Lebensführung soweit wie möglich zu erhalten bzw. wiederherzustellen;

im Pflegefall nach den Grundsätzen einer das Selbstwertgefühl stärkenden Pflege zu handeln;

die finanzielle Lage darf für die Qualität der Pflege keine Rolle spielen.

4. Altenheime sollen nach folgenden Grundsätzen geführt werden:

■ die Ausgestaltung muß die Individualität erhalten helfen und die Intimität schützen;

■ ihre räumliche Lage darf nicht zur Isolierung führen, sondern muß vielmehr die Nähe zu wichtigen öffentlichen Einrichtungen gewährleisten und die Teilnahme am kommunalen Leben ermöglichen;

■ soziale Kontakte zu anderen Altersstufen und Gruppen müssen gewährleistet sein.

Diese Ziele werden wir mit Hilfe eines Altenplanes verwirklichen.

Die berufstätige Frau

Um die Gleichberechtigung der Frau zu verwirklichen, verdienen die Interessen der berufstätigen Frau besondere Berücksichtigung.

■ Kindertagesstätten mit geschulten Fachkräften und kleinen Gruppen müssen im erhöhten Umfang errichtet werden.

■ Ihre Öffnungs- und Schließungszeiten müssen die Belange der berufstätigen Mütter berücksichtigen.

■ Die gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit muß gewährleistet sein.

Zur Rückkehr in das Berufsleben bedarf es Starthilfen sowie der Einrichtung von Spezialkursen zur Erhaltung und Erweiterung beruflicher Kenntnisse und Fähigkeiten.

■ Das Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen ist gezielt zu fördern.

Es muß gewährleistet sein, daß während der ersten Erziehungsphase der Kinder ein Ehepartner ohne Nachteile für seinen beruflichen Werdegang aus seinem Arbeitsverhältnis beurlaubt werden kann.

■ Ledige Mütter müssen durch gezielte Maßnahmen zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit in die Lage versetzt werden, ihren Kindern die nötige Erziehung zu geben.

Es muß gewährleistet sein, daß die Frauen in freier Entscheidung wählen können, ob sie beruflich tätig sein oder sich vornehmlich ihrer Familie widmen wollen.

Jugend

Für Kinder und Jugendliche gilt es, Entwicklungsbedingungen zu schaffen, die Selbstbestimmung und sozialen Kontakte fördern und eine Veränderung in Ausnahmesituationen von vornherein verhindern.

Vordringlich sind folgende Maßnahmen:

- Beteiligung der Jugend und ihrer Organisationen an den sie betreffenden politischen Entscheidungen;
- Förderung von selbstverwalteten Jugendzentren;
- Berücksichtigung der Jugend- und Erwachsenenbildungsarbeit bei Planung und Bau neuer Schulen;
- verstärkte finanzielle Förderung der politischen Bildungsarbeit in den Jugendorganisationen;
- Errichtung einer öffentlichen Jugendbildungsstätte. Diese erarbeitet und praktiziert Modelle zukunftsweisender Jugendbildungsarbeit;
- Förderung der Stadtranderholung von Kindern und Jugendlichen;
- Ausbau der Erziehungsberatungsstellen, des schulpсихologischen Dienstes, sowie diagnostischer und therapeutischer Einrichtungen der offenen Hilfe;
- Unterstützung von privaten Initiativen beim Aufbau kleiner therapeutischer Wohngemeinschaften;
- Heimerziehung, wenn sie unvermeidlich ist, ist so kurz wie möglich zu bemessen. Die Außenkontakte müssen erhalten bleiben. Die Befähigung zu eigenverantwortlichem Handeln und sozialem Kontakt muß durch verantwortliche Mitbestimmung bei der Gestaltung des Heimaufenthaltes gefördert werden. Die Heime müssen sich als „sozialtherapeutische Klinik“ verstehen und entsprechend ausgestattet werden;
- ergänzende Wohnmöglichkeiten in Jugendpensionen und Wohngemeinschaften sind einzurichten;
- von großer Bedeutung ist die qualifizierte Ausbildung von Erziehern, Sozialarbeitern/Sozialpädagogen. Die vorhandene Ausbildungsstätte im Saarland muß erhalten bleiben. Die Ausbildungsmöglichkeiten müssen entsprechend dem Bedarf erweitert werden.

Diese Vorhaben wurden im Rahmen eines Landesjugendplanes koordiniert und durchgesetzt.

Randgruppen

Durch die Orientierung an Leistung und Profit, ihrem Mangel an gesellschaftlicher Solidarität und sozialen Infrastrukturmaßnahmen drängt die Gesellschaft alle unproduktiven Kräfte, ob es sich nun um Obdachlose, Straffällige, Suchtgefährdete oder Verwahrloste handelt, an den Rand der Gesellschaft. Ein Teufelskreis von gesellschaftlicher Ächtung und weiterer Verstrickung vergrößert ständig die Probleme.

Wirksame Maßnahmen müssen an den Ursachen der Mißstände ansetzen, die Kriminalität, Isolation und antisoziales Verhalten hervorrufen. Das kann nur durch die Verwirklichung der Chancengleichheit im schulischen, beruflichen und sozialen Bereich geschehen.

Als vordringliche Maßnahmen auf Landesebene sind zu verwirklichen:
im Bereich des Strafvollzugs:

■ Arbeitsleistungen und Arbeitssituation müssen den Bedingungen der Außenwelt angepaßt werden;

■ die personelle Situation ist durch die Einstellung von Sozialarbeitern/Sozialpädagogen, Psychologen und beruflich qualifizierten Strafvollzugsbediensteten zu verbessern;

■ Berufsausbildung und Weiterbildung ist zu ermöglichen und zu fördern;
die baulichen Voraussetzungen sind so neu zu ordnen, daß neben dem Sicherheitsgedanken die Sozialisation der Straffälligen durch Gruppenarbeit, sinnvolle Freizeitgestaltung, medizinische Rehabilitation und therapeutische Maßnahmen möglich wird;

■ Befähigung zu eigenverantwortlichem Handeln und sozialem Verhalten ist durch Mitwirkung und Mitbestimmung im Vollzug aufzubauen;

■ Entlohnung für geleistete Gefangenearbeit und Hereinnahme des Gefangenen und seiner Familie in die Sozialversicherung ist zu gewährleisten;

■ Einführung eines Entlassungsvollzugs, der die Weiterführung von Fortbildungs- und Betreuungsmaßnahmen ermöglicht;

im Bereich der Bewährungshilfe:

■ Erhöhung der Zahl der Bewährungshelfer, so daß eine Belastungszahl von 50 Probanden pro Bewährungshelfer erreicht wird;

■ Förderung ehrenamtlicher Bewährungshilfe, insbesondere durch Gruppenarbeit;

■ Errichtung von gemischten Wohn- und therapeutischen Heimen in offenem sozialem Kontakt zu anderen Jugend- und Freizeiteinrichtungen;

■ Fortbildungsmaßnahmen für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter in der Obdachlosenarbeit und Nichtseßhaftenhilfe;

■ Beseitigung der Ghettoisierung durch Umsiedlung in geeigneten sozialen Wohnraum, Erstellung von Entschuldungsprogrammen sowie Durchführung von medizinischen und psychologischen Rehabilitationsmaßnahmen;

■ besondere Förderung sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher durch vorschulische Programme, Hausaufgabenhilfe und Freizeitangebote;

■ Mitwirkung der Bewohner bei Sanierungsmaßnahmen;

■ finanzielle Unterstützung von Modellmaßnahmen in der Drogen- und Suchtberatung;

■ Ausbau der Beratungs- und Betreuungszentren, medizinische und soziale Rehabilitation in unbürokratischer Weise (Releasezentren);

■ Erstellung von Alternativen zu der konsumorientierten Freizeitgestaltung;

■ allmähliche Wiedereingliederung in das Sozial- und Berufsleben durch die Förderung von eigenverantwortlichen Aktivitäten;

■ Koordination von Maßnahmen der privaten Träger.

Ausländische Arbeitnehmer

Oberstes Ziel muß die soziale und rechtliche Gleichstellung aller Arbeitnehmer und die Verbesserung der gemeinsamen Lebensverhältnisse sein.

Neben den Regelungen auf Bundesebene gilt es, in der Landespolitik folgende Ziele anzustreben:

1. Beratung und Betreuung müssen ausgebaut werden.

- Sprachunterricht bei vollem Lohnausgleich;
- Koordinierung der bestehenden Beratungsstellen;
- Einrichtung selbstverwalteter Zentren.

2. Im Wohnbereich müssen Mittel innerhalb des sozialen Wohnungsbaus zur Verfügung gestellt werden. Die Kontrolle über die Einhaltung der Richtlinien für Firmenunterkünfte muß verschärft werden.

3. Die Erweiterung der Kindergarten- und Kindertagesstättenplätze muß Plätze für die Kinder ausländischer Arbeitnehmer mit einschließen.

4. In den Vorklassen müssen die Ausländerkinder voll erfaßt werden und durch parallele Förderkurse mit der deutschen Sprache vertraut gemacht werden.

5. Zur Erlangung der Berufsschulreife wird ein Förderjahr eingerichtet. Die Teilnahme gilt als Erfüllung der Berufsschulpflicht.

6. Zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung sind neben den Zentren integrationsfördernde Maßnahmen bei Vereinen und Verbänden zu treffen.

7. Die illegale Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern ist schärfstens zu bekämpfen. Die Kontrollen gegenüber der gesetzwidrigen Beschäftigung ausländischer Kinder sind zu verschärfen.

8. In den Betrieben müssen Fürsorge- und Beratungseinrichtungen - wobei besonders auf den Unfallschutz zu achten ist - verstärkt werden.

9. Die ausländischen Arbeitnehmer sind in den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherungsträger zu beteiligen.

Behinderte

Neben der ärztlichen Versorgung der Behinderten muß eine gleichberechtigte Stellung in Gesellschaft und Beruf weitestgehend sichergestellt werden. Dreiviertel aller Behinderten können durch entsprechende Förderung in die Lage versetzt werden, einen Beruf auszuüben. Von der Bedeutung für den Betroffenen ganz abgesehen verursacht die Eingliederung nur einen geringen Teil derjenigen Kosten, die sonst für Renten und ähnliche Folgeleistungen der Behinderten aufzubringen sind.

- Wir werden die Zahl der Heimplätze für behinderte Kinder erhöhen.
- Zugleich werden wir dafür sorgen, daß im Kindergarten- und Schulbereich diejenigen Formen der Betreuung von Behinderten ausgebaut werden, durch die soziale Isolation verhindert werden kann.
- Wir werden ein Modellzentrum für behinderte Kinder errichten, das umfassende Diagnose und Behandlung ohne stationäre Unterbringung ermöglicht.
- Die Rehabilitationseinrichtungen einschließlich der Werkstätten für Behinderte werden weiter ausgebaut.
- Wir werden darauf dringen, daß die privaten und die Arbeitgeber der öffentlichen Hand ihre Beschäftigungspflicht nach dem Schwerbehinderten-Gesetz erfüllen, damit eine möglichst große Zahl von Behinderten Arbeitsplätze erhalten. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Arbeitsplätze so zu gestalten, daß dieses Ziel erreicht werden kann.
- Ein dichtes Netz von Auskunfts- und Beratungsstellen für Rehabilitation muß jedem Behinderten Aufklärung und Beratung über die verschiedenen Rehabilitationsmöglichkeiten geben.

Zur Zeit sind insbesondere psychisch Kranke qualitativ und quantitativ unterversorgt.

Erforderlich ist eine Regionalisierung der Krankenversorgung; d.h. längerfristig gesehen müssen die psychiatrischen Großkrankenhäuser abgebaut werden, an den Schwerpunktkrankenhäusern müssen kleine Abteilungen mit ambulanten Diensten aufgebaut werden. Für Nachsorge und Weiterbetreuung müssen teilstationäre Einrichtungen und Übergangseinrichtungen zur Verfügung stehen.

Kriegsopfer

Neben der Rentenversorgung haben die Kriegsopfer und die Beschädigten der Bundeswehr einen Rechtsanspruch auf individuelle Fürsorge, die das Ziel hat, die Folgen der Schädigung zu überwinden oder zu mildern.

Wir werden den Kriegsopfern und den Beschädigten der Bundeswehr:

- die Teilnahme am kulturellen Geschehen u.a. durch Hilfen zur Motorisierung ermöglichen;
- durch großzügige Maßnahmen der Erholung zur Erhaltung ihrer Gesundheit und der verbliebenen Arbeitskraft beitragen;
- durch Beihilfe und günstige Darlehen die Wohnungsbeschaffung erleichtern;
- durch Erziehungsbeihilfen dafür sorgen, daß die Nachteile der Schädigung keinen Einfluß auf die Ausbildung der Kinder hat;
- durch Beratung und weitgehende Fürsorge darauf hinwirken, daß Notstände nicht auftreten oder beseitigt werden.

Materialien zur Wirtschafts- und Strukturpolitik

Maßgabe einer von der SPD getragenen Wirtschaftspolitik im Saarland, ist die im Grundgesetz verankerte Zusicherung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse (Art. 72 GG) in allen Teilen des Bundesgebietes. Sie ist für die an der Saar arbeitenden und wohnenden Menschen ein bisher noch unerfüllter Wunschtraum.

Ziel einer von der SPD getragenen Landesregierung wird deshalb sein, den in den zurückliegenden Jahren aufgelaufenen wirtschaftlichen Nachholbedarf der Saarländer wirksam zu verringern und auszugleichen. Gleichzeitig wird sie im Bundesgebiet beispielhafte wirtschafts- und gesellschaftspolitische Zielvorstellungen anstreben.

1. Es müssen durch verstärkte Industrieansiedlungen Wettbewerbsverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt hergestellt werden, wie sie im übrigen Bundesgebiet üblich sind. Wenn dadurch die Löhne und Gehälter an der Saar den Anschluß an das höhere Niveau der Effektiv-Verdienste im übrigen Bundesgebiet finden, wird das die Folge und der Beweis der wiedergewonnenen wirtschaftlichen Wachstumskraft unseres Landes sein. Damit verschwindet eines der wesentlichsten Abwanderungsmotive und erhält dem Saarland die für einen zielstrebigem Aufbau notwendigen jungen Fachkräfte.

2. Eine kontrollierte Wachstumspolitik wird sicherstellen, daß bei Ansiedlungsvorhaben Vorteile und Folgelasten für die Gesellschaft gegeneinander abgewogen werden sowie die Krisenanfälligkeit und die Wachstumsschwäche der Saarindustrie durch Konzentration auf neue, zukunftsorientierte und wachstumsstarke Schwerpunkte abgebaut wird. Mit Vorrang werden solche Betriebe gefördert, die ein hohes Lohnniveau sowie Facharbeitern und noch qualifizierten Kräften Beschäftigungs- und Aufstiegsmöglichkeiten bieten.

3. Die SPD geht ferner davon aus, daß Vollbeschäftigung und hohes Einkommensniveau der Arbeitnehmer Voraussetzung für eine gesteigerte Massenkaufkraft an der Saar sind und davon auch Groß- und Einzelhandel, Handwerk, freie Berufe und andere Dienstleistungsberufe in unserem Land profitieren. Eine gute Arbeitsmarktpolitik ist zugleich auch gute Mittelstandspolitik und wird durch eine Strukturpolitik für den Mittelstand ergänzt.

4. Die berufliche Entfaltung der Arbeitnehmer wird verbessert durch eine Intensivierung der Berufsbildung für die Schwerpunktbranchen mittels spezieller Ausbildungs- und Umschulungsprogramme. Dazu gehören auch kurz- und mittelfristige Arbeitsmarktprognoesen, die breiten Schichten der Bevölkerung bessere berufliche Auswahl- und Entscheidungsmöglichkeiten schaffen.

5. Auf eine Humanisierung der Arbeitsbedingungen wird die SPD hinwirken und alle Bestrebungen unterstützen, die paritätische Mitbestimmung auch auf die übrigen Großbetriebe außerhalb des Montanbereiches auszudehnen.

Sicherung der Energie

Der Energiebedarf weist auch in Zukunft eine stark steigende Tendenz auf. Angesichts der Schwierigkeiten mit außereuropäischen Energielieferanten erfahren die heimischen Energiequellen zunehmend eine Aufwertung. Dabei bringt die Verlagerung auf die Stromerzeugung auch an der Saar die Möglichkeit des Baues von weiteren Kraftwerken bis zu einer Leistung von mindesten 3000 MW bis 1985. Es gibt zwar keine umweltfreundlichere Energie als Strom. Die trotzdem noch vorhandenen Beeinträchtigungen werden durch Auflagen und deren Kontrolle auf ein Minimum reduziert.

Die stärkere Verstromung der Saar-Kohle wird damit zu einer langfristigen Absicherung des Kohleabsatzes und der Arbeitsplätze im Saarbergbau. führen.

Das Saarland bleibt Hüttenstandort

Modernisierungs- und Kooperationsbemühungen der saarländischen Hütten müssen gefördert und nach einem langfristigen Strukturkonzept für die saarländische Eisenschaffende Industrie betrieben werden. Darin werden auch die angestrebten Spezialisierungsbemühungen Förderung erfahren.

Eine standortmäßige Absicherung der Eisenschaffenden Industrie wird durch die beschlossene Kanalisierung der Saar erreicht. Für die Übergangszeit bis zur Fertigstellung des Kanals wird die SPD die Bewilligung von Wettbewerbsstarifen der Bundesbahn anstreben. Die gleichen intensiven Bemühungen wird die Saar-SPD auch weiterhin der Lösung des Preisproblems für Koks und Kokskohle widmen.

Organisatorische Verbesserungen helfen Wirtschaftsprobleme lösen

1. Die noch ungenutzten Chancen der Saarbergwerke AG als Motor innerhalb eines strukturpolitischen Industrialisierungskonzeptes müssen geweckt und

vorwiegend auf den Saarbereich gelenkt werden. Den öffentlichen Händen als Anteilseigner kommt dabei eine besondere Rolle zu.

2. Die Industrieansiedlungspolitik nach Schwerpunkten kann wirksam nur dann durchgeführt werden, wenn sie von einer zentralen Stelle aus planmäßig, unbürokratisch - unkonventionell und möglichst reibungslos gelenkt wird. Infolge des begründeten Mißtrauens in die Entschlossenheit der CDU-Landesregierung trotz der massiven Finanzhilfe der Bundesregierung, eine aktive Ansiedlungspolitik zu betreiben, haben Kommunen und Kreise zur Selbsthilfe gegriffen. Sie gründeten eigene regionale Wirtschaftsförderungsgesellschaften, um wenigstens auf diesem Wege die dringendsten Arbeitsmarkt- und Umstruktierungsprobleme durch Anwerbung neuer und Förderung ansässiger Unternehmen lösen zu können.

Mehrere kleinere Gesellschaften sorgten zwar dafür, daß die Aktivität in der Ansiedlung nicht erlahmte. Das darf allerdings nicht zu einer Gefährdung einer sinnvollen Raumordnungskonzeption für das ganze Saarland führen.

Die beste Lösung sieht die Saar-SPD deshalb in der Gründung einer Landeswirtschaftsförderungsgesellschaft durch Regierung und Kommunen mittels einer Konstruktion des privaten Rechts.

3. Innerhalb der Diskussion über die Reform der regionalen Wirtschaftsförderung im Bundesmaßstab wird die SPD auf differenzierte Anwendungsmöglichkeiten der Strukturförderung und eine entsprechende Konstruktion der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ hinwirken.

Das gleiche gilt für die bundesdeutsche Stabilitätspolitik, die bisher noch keine Rücksicht auf die Sondersituation in den strukturschwachen Räumen nimmt. Eine Beteiligung an dieser fachlich schwierigen Diskussion mit eigenen Vorschlägen wird für eine SPD-Landesregierung selbstverständlich sein.

Eigene Sachbeiträge sind auch zur Frage der Verbesserung der Regionalstatistik zu erwarten, um z.B. endlich einmal Beschäftigtenzahlen für außerindustrielle Bereiche zu erhalten.

4. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten bei der Beschaffung und Erschließung von Industriegelände sind u.a. darauf zurückzuführen, daß die finanzielle Last vielen Gemeinden untragbar ist. Die SPD wird die Gemeinden davon entlasten durch ein Schwerpunktprogramm des Landes zur Geländebereitstellung verbunden mit einer Vorratswirtschaft.

5. Grenzüberschreitende Abstimmungen mit dem benachbarten Lothringen, Luxemburg, Trier und Westpfalz in den strukturpolitischen Zielen, Instrumenten und Finanzierungsmöglichkeiten sowie deren Integration in ein Programm für die europäische Grenzregion Saar-lor-lux wird die Möglichkeit der Region optimal entfalten.

Moderne Verkehrsstruktur ist lebenswichtig

Moderne Verkehrswege sind eine wichtige Voraussetzung für die Schaffung einer leistungsfähigen Wirtschaft und die Mobilität der Bevölkerung. Für die Zu-

kunft des Saarlandes im Zentrum des EWG-Raumes sind moderne Verkehrsverbindungen nach Norden, Süden, Osten und Westen, sowie eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur im Landesinnern lebenswichtig. Ein von der SPD geschaffener Generalverkehrsplan mit einem Prioritäten-, Zeit- und Finanzierungsrahmen wird eine ausgewogene Entwicklung des Verkehrs auf Schiene und Straße, auf dem Wasser und in der Luft gewährleisten:

1. Die Schaffung von leistungsstarken Autobahn- und Fernstraßenverbindungen zu den übrigen Ballungsgebieten Europas wird beschleunigt vorangetrieben.

2. Das Saarland kann nicht darauf ausruhen, daß der Bund seine Fernstraßen künftig schneller baut. Größere Leistungen beim Ausbau unserer Land- und Gemeindestraßen sind nach Ansicht der SPD-Saar erforderlich, um die notwendigen verkehrsgerechten Querverbindungen zu den Fernstraßen herzustellen.

3. Die Kanalsierung der Saar ist auf Grund der Bemühungen der SPD in Bonn beschlossen. Das Abrücken vom unrealistischen Saar-Pfalz-Kanal-Projekt war für diesen Erfolg entscheidend.

4. Ein Elektrifizierungs- und Ausbauprogramm des Bundesbahnnetzes an der Saar sowie die Schaffung eines Schnellbahnnetzes für den Nahverkehr wird in Zusammenarbeit mit der hiesigen Bundesbahndirektion und der Bundesregierung zügig vorangetrieben (vgl. detailliertes Programm für den Nahverkehr). Gleichzeitig werden Bemühungen einsetzen, möglichst schnell eine Verbundgesellschaft für alle Personennahverkehrsträger im Saarland zu schaffen, wobei zwischen Bund, Land und Kommunen ein gemeinsamer Rahmen für die unvermeidbare Defizitfinanzierung gefunden werden muß.

Hinsichtlich des im Aufbau befindlichen Flughafens Ensheim muß eine langfristige Flughafenkonzeption für einen leistungsfähigen Kurz- und Mittelstreckenflughafen entwickelt werden.

Der Bau eines gemeinsamen überregionalen Flughafens für das Saarland, Lothringen und Luxemburg wird geprüft.

Schwerpunkt liegt bei der gesellschaftlichen Infrastruktur

Die Sozialdemokraten an der Saar sind sich der Wandlungen in der Standortgunst wohl bewußt und werden sie weiter aufmerksam beobachten. Waren es noch vor einigen Jahren Straßen- und Energieversorgung, die für Ansiedlungsentscheidungen den Ausschlag gaben, so sind es heute, nachdem eine gewisse Grundausstattung mit technischen Anbindungen als selbstverständlich angesehen wird, in zunehmendem Maße die Güte der gesellschaftlichen Standortfaktoren. Gingen die Wünsche von Industrie und Bevölkerung früher auseinander, so laufen zunehmend parallel.

Arbeitnehmer wählen neben Lohn- und Aufstiegsmöglichkeiten ihren Wohnsitz nach Kalkülen der Bildungsmöglichkeiten, der kulturellen Ausstattung, der landschaftlichen Reize und des Freizeitwertes sowie in zunehmendem Maße nach Aspekten der Umweltqualität. Angesichts der Arbeitskräfteverknappung im übrigen Bundesgebiet passen sich Unternehmer bei ihrer Standortwahl diesen neuen Tendenzen an. Will das Saarland in diesem Wettbewerb der Standorte mithalten, müssen planmäßig Naherholungsschwerpunkte nach den Bedürfnissen der Gesamtregion entwickelt werden, müssen Rückstände im saarländischen Bildungswesen beseitigt werden und muß mit einem Umweltschutz- und -erneuerungsprogramm in einigen Teilen des Saarlandes der Wohn- und Siedlungswert verbessert werden.

Städtebauliche Sanierungsprogramme für Kommunen im Bergbau-Einflußgebiet und in den Schwerpunkten der Saarlütten müssen ebenso zielstrebig in Angriff genommen werden.

Schwerpunktpolitik für gesellschaftliche Gruppen

1. Neben der mit Priorität auf die Einkommensentwicklung der Arbeitnehmer-schaft gerichteten Industrieansiedlungs- und Wirtschaftspolitik gilt es, die Position des Verbrauchers im Marktgeschehen zu verbessern. Dabei geht es um mehr, als um die erforderliche Anpassung von Rechtsvorschriften an die sich rapide verändernden wirtschaftlichen, technischen und sozialen Verhältnisse. Der Mensch in unserer Industriegesellschaft erwartet eine soziale und humane Rechts- und Lebensordnung, die allen Bürgern gleiche Chancen, wenigstens aber Schutz vor dem wirtschaftlich Stärkeren gewährt.

Dem Verbraucher werden wir durch verstärkte Kontrollen und Überwachung der Verbraucherschutz- und der Lebensmittel-Gesetze helfen, seine Stellung im Wirtschaftsgeschehen zu stärken. Eine gute Information über die für den Verbraucher wichtigen Vorgänge im Markt soll ihn befähigen, qualitäts- und preisgünstig einzukaufen und so eine sparsame Haushaltsführung zu erleichtern. Nicht nur die Einkommenserzielung, sondern auch die Einkommensverwendung hilft insbesondere den sozial schwachen Schichten zur Verbesserung ihres Lebensstandards. Durch unsere Wirtschaftspolitik werden wir darauf hinwirken, die Interessen des Verbrauchers im Wirtschaftsablauf zu sichern. Wir werden zu seinen Gunsten auf einen echten Wettbewerb in Produktion und Handel bestehen.

2. Die SPD sieht in der gesicherten Existenz möglichst vieler kleiner und mittlerer Unternehmen eine unerlässliche Voraussetzung einer freien und sozialen Marktwirtschaft. Leistungsfähige kleine und mittlere Unternehmen in Handwerk, Handel und Industrie wird sie daher fördern und stärken, damit sie im Wettbewerb mit den Großunternehmen bestehen können.

Die SPD-Saar hat in ihrem „Gewerbeförderprogramm“ folgende Grundsätze einer Strukturpolitik für kleine und mittlere Unternehmen aufgestellt:

- Verbesserung der Kapitalausstattung zu tragbaren Bedingungen.
- Gewährung von Strukturanpassungshilfen für die Selbständigen.
- Einbeziehung und Zugang zu allen Förderungsmaßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur unseres Landes.
- Bessere Betriebsberatung und Information über wichtige volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Daten u.a. über die Entwicklung der Marktchancen.
- Beseitigung bestehender Wettbewerbsdiskriminierungen für kleinere Betriebe bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch Änderung der Vergabepaxis.
- Stärkere Förderung des gewerblichen Ausbildungswesens, insbesondere der überbetrieblichen Lehrwerkstätten, der Meisterausbildung und der Fortbildung.

3. Besondere Aufmerksamkeit bedarf die Förderung der Frauenbeschäftigung. Die Gesamterwerbsquote der Frauen an der Saar liegt um ein Drittel unter dem Bundesdurchschnitt. Diese Tatsache hat nicht zuletzt die ansiedlungswilligen Unternehmen mit einem hohen Anteil an weiblichen Arbeitskräften im letzten Jahr dazu veranlaßt, Niederlassungen im Saarland ins Auge zu fassen.

Einer solchen Entwicklung stehen aber besondere Schwierigkeiten entgegen. Für viele erwerbswilligen Frauen liegen Wohnung und mögliche Arbeitsstätte zeitlich und räumlich zu weit voneinander entfernt. Für berufstätige Mütter fehlen weithin die Versorgungsmöglichkeiten für Kinder bei ganztätiger Beschäftigung. Teilzeitbeschäftigungen werden nur in ungenügendem Umfang angeboten. Um diese Schwierigkeiten und Mängel auszuräumen, wird die SPD dafür eintreten, daß Betriebe, die überwiegend Frauenarbeitsplätze anbieten, möglichst nahe an die Wohngebiete angesiedelt werden. Außerdem müssen direkte und dichtere Verkehrsverbindungen zwischen Wohnort und Betrieb geschaffen werden. Neben der schnelleren Verkehrserschließung und den bisher benachteiligten Gebieten bedarf es einer Koordinierung der Fahrpläne und Fahrstrecken aller Verkehrsträger zur schnelleren Beförderung der Arbeitskräfte. Die SPD wird außerdem dafür eingetreten, daß die Teilzeitarbeit ausgedehnt und Kinderhorte, Kindertagesstätten, Ganztagschulen und Service-Häuser zur besseren Bewältigung der sozialen Verpflichtungen der berufstätigen Frauen gebaut werden. Zur Verminderung der Abwanderung ausgebildeter weiblicher Arbeitskräfte sollen solche ansiedlungsgerechten Unternehmen bevorzugt werden, die qualifizierte weibliche Arbeitnehmer mit besseren Aufstiegsmöglichkeiten beschäftigen.

4. Die SPD-Saar sieht in der heimischen Landwirtschaft einen wertvollen und wichtigen Teil unserer Volkswirtschaft.

Die Steigerung der Leistungsfähigkeit und die Verbesserung der Ertragslage unserer landwirtschaftlichen Betriebe sollen erreicht werden durch:

- Beschleunigtes Aufstellen eines EWG-Anpassungsprogramms, das den besonderen Verhältnissen unseres Grenzlandes Rechnung trägt.

- Stärkere Förderung aller Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur. Neben der äußeren Betriebsstruktur ist insbesondere auch die innerbetriebliche Struktur unter Berücksichtigung der Erfordernisse der modernen Agrartechnik zu verbessern.
- Förderung sinnvoller kooperativer Formen zwischenbetrieblicher Zusammenarbeit (Erzeugergemeinschaften und Maschinenringe) und Beseitigung hemmender oder entgegenstehender steuerlicher Bestimmungen.
- Förderung der Althofsanierung.
- Verbesserung und Ausbau der Betriebsberatung.
- Verbesserung des landwirtschaftlichen Ausbildungswesens. Abschluß über eine landwirtschaftliche Fachschule und ständige Ergänzung durch geeignete Formen der Erwachsenenbildung.
- Verbesserung der Schulverhältnisse und des Bildungsangebotes im ländlichen Raum.
- Schaffung neuer Arbeitsplätze und Verbesserung der allgemeinen Wirtschaftsstruktur im ländlichen Raum.

Materialien zur Bildungspolitik

A Menschliches Leben kann sich nur sinnvoll entfalten, wenn die Möglichkeit gegeben ist, den im Grundgesetz verankerten Anspruch auf Bildung zu erfüllen. Dazu muß jedem Staatsbürger der chancengleiche Zugang zu allen Bildungseinrichtungen offen sein.

Die Bildungsinhalte müssen so gestaltet werden, daß der einzelne befähigt wird, in allen Bereichen der Gesellschaft mehr Selbst- und Mitbestimmung zu verwirklichen.

Dieser Bildungsauftrag reicht von der Vorschulerziehung über die Grundschule bis zu einem weit gefächerten Weiterbildungsangebot, das allgemeine, berufliche und politische Bildung in den verschiedensten Lebensabschnitten gleichwertig umfaßt.

Chancengleiche Bildungsvoraussetzungen sind im Saarland längst nicht gegeben, weil in vielen Bereichen dem Bürger sehr unterschiedliche Bildungsangebote nach Zugänglichkeit und Qualität zur Verfügung stehen.

B Die Ziele chancengleicher Bildung werden wir durch den Ausbau des Bildungswesens erreichen.

Vorrangig werden Lehrer, Schüler und Eltern an der Gestaltung der Schule beteiligt, z.B. durch paritätisch besetzte Klassen- und Schulkonferenzen. Das Bil-

ungsgefälle zwischen Stadt und Land wird abgebaut, Lernmittelfreiheit und Fahrtkostenerstattung eingeführt.

Die individuelle Bildungsberatung muß erweitert, Modellversuche zur Verbesserung des Unterrichts und zum Ausbau neuer Schulstufen sollen verstärkt eingerichtet werden.

1. Einrichtung und Ausbau von Kindergärten für alle drei- und vierjährigen Kinder in freier und kommunaler Trägerschaft soll in erster Linie nach sozialen Kriterien erfolgen. Generelles Ziel ist die kostenfreie vorschulische Erziehung für alle Kinder. Dabei ist die Qualifizierung und Weiterbildung des pädagogischen Personals von besonderer Bedeutung.

2. Für alle fünfjährigen Kinder werden Vorklassen eingerichtet und zusammen mit dem ersten Grundschuljahr zu einer Eingangsstufe zusammengefaßt. Die Klassenstärken werden auf 25 Schüler gesenkt und neue Lernziele und Unterrichtsformen zur Förderung selbständigen Denkens und Handelns und zur Zusammenarbeit eingeführt. Dazu sollen besondere Förderungsprogramme eingerichtet werden.

3. Sonderschulen werden weiter ausgebaut. Sonderschulkindergärten für geistig und körperlich behinderte Kinder werden verstärkt eingerichtet.

4. Die von der Schulform unabhängige Orientierungsstufe wird im ganzen Saarland eingeführt. Sie mündet in die Gesamtschule ein.

5. Chancengleichheit in der Bildung ist nur durch die integrierte Gesamtschule zu erreichen. In der Sekundarstufe 1 (bisheriges 5.-10. Schuljahr) wird eine wissenschaftsorientierte Grundbildung mit gemeinsamen Lernbereichen für alle Schüler vermittelt. In der Sekundarstufe 2 (bisheriges 11.-12. bzw. 13. Schuljahr) werden allgemeinbildende und berufsbezogene Bildungsgänge angeboten.

6. Vorrangiges Ziel ist die Verbesserung der beruflichen Bildung.

1. Grundsätzliche Entwicklung

Die Chancengleichheit ist für alle zu garantieren. Deswegen streben Sozialdemokraten die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung in der integrierten Gesamtschule an. In der Sekundarstufe 2 muß die Integration von beruflicher und allgemeiner Bildung die Möglichkeit bieten, neben einer ersten beruflichen Qualifikation auch eine Studienberechtigung zu erwerben.

Die Verwirklichung dieser Ziele ist nur stufenweise möglich.

2. Schritte zur Gesamtschule

Vorberufliche Bildung.

Der eigentlichen beruflichen Bildung muß die vorberufliche Bildung in der Sekundarstufe 1 (5. bis 10. Schuljahr) vorausgehen. Ziel der vorberuflichen Bil-

derung ist es, die Schüler unabhängig von Geschlecht und sozialer Gruppenzugehörigkeit über Ausbildungs- und Bildungswege zu informieren und ihnen zu helfen Neigungen und Fähigkeiten zu erkennen, damit im Rahmen des bestehenden Bildungsangebotes eine begründete Entscheidung getroffen wird.

Berufliche Bildung.

Im Anschluß an die Hauptschule wird ein 10. Schuljahr als berufsfeldorientiertes Grundbildungsjahr eingerichtet. Das Berufsgrundbildungsjahr wird für alle obligatorisch. Neben den fachtheoretischen und fachpraktischen Fächern muß der allgemeinen Bildung ein angemessener Zeitanteil zur Verfügung stehen. Die fachpraktische Unterweisung erfolgt in überbetrieblichen unternehmerunabhängigen Ausbildungsstätten sowie in betrieblichen Lehrwerkstätten. Das Kultusministerium ist für die Einrichtung, Durchführung und Überwachung des Berufsgrundbildungsjahres zuständig.

Innerhalb der sich an das Berufsgrundbildungsjahr anschließenden Berufsfachbildung wird der Anteil der theoretischen Kenntnisvermittlung gegenüber dem fachpraktischen Unterricht ausgedehnt. Der Berufsschulunterricht ist in allen Berufen im System des Blockunterrichtes zu erteilen. Die notwendigen betrieblichen Praktika werden nur in ausdrücklich anerkannten Betrieben vorgenommen. Sie müssen im Interesse der Jugendlichen ausschließlich nach bildungspolitischen und pädagogischen Gesichtspunkten geplant, durchgeführt und kontrolliert werden. Durch die Abstimmung von Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen werden betriebliche und schulische Bildung verzahnt. Neben der verstärkten Einstellung ausgebildeter Berufsschullehrer wird durch den schulformübergreifenden Einsatz von Lehrern dem Berufsschullehrermangel abgeholfen.

3. Mitbestimmung Anerkennung und Kontrolle

Die Mitbestimmung aller Betroffenen wird eingeführt und ausgebaut. In allen Gremien zur Planung, Inhaltsbestimmung und Durchführung der beruflichen Bildung ist die Mitbestimmung der Gewerkschaften zu sichern. Den überbetrieblichen Ausbildungsstätten sind eigene Beschlußgremien beizugeben, die paritätisch mit Vertretern der Gewerkschaften, der öffentlichen Hand und der Unternehmer besetzt werden.

Die Anerkennung betrieblicher Lernorte ist durch eine öffentliche Stelle vorzunehmen, die keine Unternehmenskammer sein darf. Die Überwachung des Lernortes Betrieb auf die Einhaltung der vorgegebenen Ausbildungsinhalte erfolgt durch die gleiche öffentliche Stelle.

4. Berufsbildungsgesetz

Im Interesse der Arbeitnehmer unterstützt eine sozialdemokratische Landesregierung im Bundesrat ein nach den genannten Kriterien zu novellierendes Berufsbildungsgesetz.

VII. Der Ausbau des Bildungswesens wird nach wie vor hohe finanzielle Aufwendungen erfordern. Deshalb ist es unverantwortlich, Bildungseinrichtungen nur in kleinen Schritten zu planen und somit Gefahr zu laufen, daß kommende Entwicklungen wieder leerstehende und ungenutzte Schulgebäude und -anlagen verursachen.

Aus wirtschaftlichen, organisatorischen und pädagogischen Gründen ist es dringend geboten, Rahmenrichtlinien für die Schulentwicklungsplanung aufzustellen. Ihre Grundvoraussetzungen:

- Aufbau des Bildungswesens in Stufen,
- Bau von Schulzentren,
- schulische und außerschulische Nutzung der Schulzentren.

Grundüberlegungen:

- bestehende Gebäude werden einbezogen, Weiterbildung und Freizeitgestaltung sollen mitberücksichtigt werden.

VIII. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedingungen sowie ständige Fortentwicklung der Technik verändern die Anforderungen der beruflichen Tätigkeit und verlangen von jedem Bürger ständig neue kritische Orientierung.

Daher kommt einem System allgemeiner, beruflicher und politischer Weiterbildung ein besonderer Stellenwert zu. Berufliche Anpassungs-Aufstiegsfortbildung sowie Umschulung werden darin eingeschlossen. Nichtöffentliche Weiterbildungseinrichtungen bedürfen der staatlichen Anerkennung und sind in ihren Inhalten sowie Abschlüssen bundeseinheitlichen Richtlinien zu unterwerfen.

Auf Landes- und Regierungsebene ist sicherzustellen, daß alle Stellen, die Weiterbildung betreiben, zusammenarbeiten, um ihre Bildungsangebote abzustimmen und zeitlich an den durch den Arbeitsrhythmus eingeschränkten Wahrnehmungsmöglichkeiten (Schichtarbeit) zu orientieren.

X. Die in der „Hochschule des Saarlandes“ verbundenen Einzelhochschulen werden zu einer integrierten Gesamthochschule zusammengefaßt. Das Studienplatzangebot wird erweitert. Ein durchlässiges System abgestufter, aufeinander bezogener Studiengänge und Studienabschlüsse wird entwickelt und die innere Verfassung der Hochschule nach den Prinzipien des freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat ausgebaut.

C Sinnvolle und an den Bedürfnissen der Bürger orientierte Bildungsreform sind nicht möglich, ohne vorbereitende und begleitende wissenschaftliche Forschung.

Durch gezielte Planung sollen die Probleme der Zukunft gemeistert werden.

Das geht nur unter Beteiligung der Betroffenen.



Materialien zur Medienpolitik

Eine zuverlässige und freie Information über das öffentliche Geschehen ist Voraussetzung für die eigenständige Urteilsbildung des Bürgers. Das gilt sowohl für die politische Information, als auch für das kulturelle Programm.

Infolge der Pressekonzentration, der ständig steigenden Einflußnahme der Werbung, der Erweiterung der elektronischen Möglichkeiten (z.B. Kasettenfernsehen) und der Ausweitung der medialen Aufgaben (z.B. Weiterbildungsprogramme) erhält die Verpflichtung des Staates, Pressefreiheit und Informationspflicht der Medien zu gewährleisten, eine neue Qualität.

Daraus ergeben sich für die Saar folgende Forderungen:

für den Rundfunk

- Erhaltung als öffentlich-rechtliche Anstalt. Verhinderung des Privatfunks,
- Erstellung eines Redaktionsstatutes (als Sofortprogramm Abschluß einer Dienstvereinbarung gemäß §.112 PVerfG zum Schutz der inneren Pressefreiheit)
- Ablösung der Intendantenherrschaft und der damit verbundenen Hierarchie durch Kollegialorgane,
- Kompetenzerweiterung des Rundfunkrates,
- Ansprüche an Programmstruktur: Politische Information und kulturelle Wortsendungen von Niveau.

Für die Presse

- Kontrolle und Begrenzung der Verlegermacht erhalten besondere Bedeutung auf Grund des ersten regionalen Pressemonopols.
- Sicherung der inneren Pressefreiheit durch Redaktionsstatut und Einführung der betrieblichen Mitbestimmung,
- Zurückdrängung des Einflusses der Firmen- und Produktwerbung.

Materialien zur Rechtspflege

Aufgabe der Rechtspflege ist es, den Rechtsfrieden zu sichern, dem Staatsbürger zu seinen Rechten zu verhelfen und ihn zu schützen gegenüber Dritten, wie auch gegenüber dem Staat. Dazu bedarf es funktionsfähiger Einrichtungen der Rechtspflege. Der Bürger muß in angemessener Frist zu seinem Recht kommen. Deshalb wird eine SPD-Regierung folgende Maßnahmen treffen:

- Beschleunigung des Gerichtsverfahrens durch bessere personelle und sachliche Ausstattung der Gerichte;
- Sozialwissenschaftliche Entscheidungshilfen für Richter und Staatsanwälte und Rechtspfleger;
- Reform der Juristenausbildung nach dem Modell einer Theorie-Praxis-Integration;
- Erweiterung der Fortbildungsmöglichkeiten für alle Organe der Rechtspflege;
- Prüfung der Einrichtung einer öffentlichen Rechtsberatungsstelle für alle Bürger.

Materialien zur inneren Sicherheit

Der Bürger hat ein Recht auf Schutz seiner persönlichen Lebensverhältnisse und der für ihn errichteten Gemeinschaftseinrichtungen. In diesem Zusammenhang nimmt der Schutz der natürlichen Umwelt zur Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität einen immer höheren Rang ein.

Vordringliche Aufgaben auf diesem Gebiet sind für die SPD:

- Wirksame Verbrechensbekämpfung, insbesondere auf dem Gebiet der Umweltverschmutzung und der Wirtschaftskriminalität;
- Bessere Ausstattung und Ausbildung der Polizei, die insbesondere auch diesen Zielen dienen;
- Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Polizei und bessere Arbeitsbedingungen für die dort tätigen Bediensteten;
- Das von Bund und Ländern beschlossene Sicherheitsprogramm wird zügig in die Tat umgesetzt.

Materialien zur Raumordnung

1. Zwischen Raumordnung und Gesellschaftspolitik besteht eine enge Wechselbeziehung: Die Verwirklichung gesellschaftspolitischer Ziele wird durch raumordnerische Entscheidungen gesteuert.

Raumordnungspolitik der SPD dient den Arbeitnehmern und den von der Monopolisierung bedrohten kleinen und mittleren Unternehmen.

2. Das saarländische Landesplanungsgesetz vom Mai 1964 wird im Hinblick auf eine Kompetenzerweiterung des Landtags bei Aufstellung und Verabschiedung des saarländischen Raumordnungsprogramms geändert. Die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn im Saarlorlux-Dreieck wird verstärkt werden.

3. Wir gehen davon aus, daß die Schaffung gleicher Lebensbedingungen in „Stadt“ und „Land“ nur durch Förderung von Siedlungsschwerpunkten auf Entwicklungsachsen möglich ist. In einem Raumordnungsplan werden daher Achsen und Siedlungsschwerpunkte enthalten sein. Die Entwicklungsachsen werden zur bestmöglichen Mischung der gemeindlichen Grundfunktionen: Wohnen, Arbeiten, Bilden, Erholen, Energie und Verkehr, geschaffen. Sie reichen über die Landesgrenze hinweg und haben zudem die Aufgabe, Wachstumsimpulse in schwächere Räume zu leiten.

Durch sinnvolle Zuordnung von Wohn-, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen zu Arbeitsplätzen, Gesundheitspflege, Energieversorgung und Verkehrserschließung wird es die SPD ermöglichen, die jahrelangen Versäumnisse der CDU zu überwinden.

4. Wir werden die Ziele von Landesplanung und Raumordnung verbindlich formulieren, die jahrelange Unsicherheit in der saarländischen Politik beseitigen und dadurch Städte und Gemeinden endlich in die Lage versetzen, ihren Raum durch Aufstellung von Sanierungs- und Bauleitplänen zu ordnen.

5. Der Raumordnungsplan basiert auf einer eingehenden Grundlagenplanung für Wasserwirtschaft-Waldwirtschaft-Landwirtschaft-Bodenwirtschaft, zusammengefaßt als Landschafts- und Naturflächenplanung, welche wiederum Aufschluß über die Belastbarkeit des Landes gibt, und dem hierauf abzustimmenden Wirtschafts- und Siedlungsplan.

6. Der Wirtschaftsplan berücksichtigt die unterschiedliche Wirtschaftskraft unserer Kreise.

Er hat das Ziel:

- Industriegelände verfügbar zu haben (Nutzungseigentum und Kontrolle);
- eine Vorratsschaffung von Industriegelände zu sichern;
- rechtzeitig regionale Schwerpunktprogramme zu entwickeln;
- eine Zusammenfassung der regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften vorzunehmen;
- einen zentralen Naherholungsplan zu erstellen.

7. Der zu erstellende Siedlungsplan muß die mögliche und erforderliche Bau- dichte, Nutzungsart und Zentralfunktion der Entwicklungsschwerpunkte aufweisen. Bestandteil des Siedlungsplanes ist ein auf das Achsensystem zugeschnittener Generalverkehrs- und Energieversorgungsplan, welcher unter Berücksichtigung des integrierten Verkehrsverbundes, dem Prinzip der Linienbündelung folgend, bei maximalem Verkehrsaufkommen zur Minimierung des Flächenbedarfs führt und eine größtmögliche Raumbildung für verschiedene Flächennutzungen und einzelne Landschaftsgebiete gewährleistet.

Der völlig fehlende Siedlungsplan in unserem Lande löste Entwicklungen unserer Städte und Gemeinden aus, die für deren Leben verhängnisvoll geworden sind.

Gleichzeitig steigerte das Fehlen die Kosten zur Verbesserung der regionalen Infrastruktur, was wiederum andere lebenswichtige Reformen finanziell unmöglich machte.

Materialien zum Städtebau

8. In der Vergangenheit führte die räumliche Trennung der Daseinsfunktionen des Menschen: Arbeiten und Wohnen, Bilden und Erholen, Sich begegnen sowie die Verkehrserschließung und Energieversorgung zu einer Entmischung unserer Städte und Gemeinden. Die Funktionstrennung durch Zuweisung der einzelnen Funktionen in abgesonderte Teilgebiete tötete städtisches Leben durch Verlust der Urbanität. Die Trennung verdrängte das Wohnen aus den Citys, Ergebnis der ausschließlichen Orientierung an der Steigerung der Grundrente durch die Grundeigentümer.

Dies brachte nur Kaufhäuser und Versicherungspaläste in den Innenzonen und Wohnen an den Randzonen.

Städtebau muß daher zu einer Funktionsmischung führen. Städtebau und Ortsplanung sind die wichtigsten sozialen und räumlichen Gestaltungsmittel der Selbstbestimmung der Bürger.

Die bereits mit Hilfe der Bundesregierung in Gang gekommenen städtebaulichen Sanierungen in Saarbrücken, Neunkirchen, Völklingen, Dudweiler, Dillingen, Saarlouis, Ottweiler, St. Wendel, Homburg, Lebach sowie weiterer Städte und Gemeinden werden unterstützt.

9. Wir werden folgende Kriterien an städtebaulichen Planungen anlegen:

■ Erhöhte Verdichtung in Kerngebieten mit sinnvoller Mischung der Funktionen = Durchmischen des Wohnens mit Versorgungseinrichtungen (Kaufhäusern, Volksbibliotheken, Arztpraxen), Einrichtungen der Administration (Gerichte, Behörden), des Gesundheitswesens (Krankenhäuser), der Kultur (Theater), des Schulwesens, des Vergnügens (Wirtschaften, Restaurants), des Sports und Wirtschaftsbetriebe. Durch entsprechende Bauformen sollen diese Funktionen in verdichteter Bauweise entstehen, um u.a. auch Freiflächen zu erhalten.

■ Durchmischung der Wohngebiete mit „nichtstörenden“ Wirtschafts- und Verwaltungsbetrieben;

■ Schaffung von attraktiven Wohnungen auch in Kerngebieten;

■ Schaffung ausreichender Grün- und Spielflächen, Sport- und Erholungsstätten für alle Altersstufen;

■ Anbindung der Siedlungsschwerpunkte an ein optimales Personennahverkehrssystem;

■ Transparenz der Bau- und Sanierungsplanung durch rechtzeitige Information der Bevölkerung und Sichtbarmachung möglicher Alternativen;

■ Sicherung einer alters- und sozialstrukturmäßigen Durchmischung der Wohngebiete;

■ Einhaltung gesetzlicher Vorschriften für die umweltfreundliche Energieversorgung;

■ Lückenloser Nachweis des Finanzierungsablaufs beim Bau von öffentlichen Sozial- und Versorgungseinrichtungen, damit ihre Fertigstellung gleichzeitig mit Wohnungen sichergestellt ist;

■ Einbeziehung von Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge in die Gesamtplanung.

10. Unsere Konzeption sieht eine Terminfestlegung für die Vorlage von Bauleitplänen durch die Gemeinden vor.

11. Wir unterstützen eine Aktivierung der jeweils betroffenen Bevölkerung in deren Bemühen, ihre Bedürfnisse gegen die Profitinteressen Einzelner durchzusetzen. Die Bildung von Selbsthilfeorganisationen (Bürgerinitiativen) der betroffenen Bevölkerung wird gefördert. Sie fördert alle gesetzlichen Grundlagen, aufgrund derer sich diese allgemeinen Interessen durchsetzen können.

Wir werden für das Bodeneigentum des Landes Regeln einführen, die ein Verkauf an Private ausschließen. Die Vergabe von „Nutzungsseigentum“ wird eingeführt. Bestrebungen der Kommunen, ähnliches zu beschließen, werden nachhaltig unterstützt.

Materialien zum Wohnungswesen

12. Die SPD wird Zug um Zug die Wohnungsbaumittel wieder steigern, um dem sozialen Ziel der Befriedigung des gesellschaftlichen Bedürfnisses nach angemessenem Wohnraum, zu tragbaren Preisen einerseits, und den steigenden Anforderungen, hinsichtlich Größe und Ausstattung andererseits, zu entsprechen.

13. Die Wohnungspolitik ist eingebettet in die städtebauliche Konzeption. Dazu ist vorrangig eine Standortbindung der Wohnungsbaumittel an die Schwerpunkte erforderlich. Wohnformen mit breiter Eigentumsstreuung genießen Vorrang.

14. Die kostenlose Vermittlung von Wohnraum durch kommunale Wohnungsvermittlungsstellen wird eingeführt. Wohnungen der öffentlichen Hand und öffentlich geförderte Wohnungen werden ausschließlich über diese Vermittlungsstellen angeboten.

15. Es werden baurechtliche Vorschriften erlassen, die die Integration behinderter, alleinstehender und alter Menschen in den allgemeinen Wohnbereich ermöglichen. Die Wohnbereiche sind so zu durchmischen, daß alle Gesellschaftsgruppen, ob kinderreiche oder junge Familien, ob Alleinstehende oder ausländische Arbeitnehmer, ob behinderte oder alte Menschen voll integriert werden. Öffentliche Mittel dürfen nur zur Schaffung menschengerechter Wohnungen verwandt werden. Hierzu treten auch die Anlagen von Spielplätzen im Rahmen der vorschulischen Erziehung.

16. Eine Novellierung des Wohngeldgesetzes, die die Einkommensentwicklung berücksichtigt, ist erforderlich.

17. Es wird schleunigst ein Gesetz verabschiedet, das den Gemeinden die Befugnis geben soll, Wohnungsmißstände festzustellen und deren Beseitigung durchzusetzen. Dies bedingt eine zweifelsfreie Formulierung der Punkte, an denen eine menschenwürdige Wohnung, entsprechend den gestiegenen Anforderungen nach Größe und Ausstattung, zu messen ist.

18. Bei der Hochschule des Saarlandes wird ein Institut für Wohnen und Umwelt gegründet, das die gegenwärtigen Formen des Wohnens und Zusammenlebens kritisch untersucht und insbesondere Vorschläge für die Verbesserung der Wohnverhältnisse der sozial schwächeren Bevölkerungsschichten erarbeitet.

Materialien zum Nahverkehr

Die Verbesserung des Personennahverkehrs im Saarland kann nur durch eine Verschiebung der verkehrspolitischen Prioritäten zugunsten des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) erreicht werden. Das Prinzip der Verlagerung vom individuellen auf den öffentlichen PNV darf jedoch nicht bedeuten, daß nur die Kosten des Individualverkehrs erhöht werden. Die konsequente Ausnutzung der betriebswirtschaftlichen Rationalisierungsmöglichkeiten und Kostensenkung des ÖPNV ist nur durch die Schaffung eines Verkehrsverbundes erreichbar.

In diesen Verbund müssen jedoch alle Verkehrsträger einbezogen werden, d.h. neben den kommunalen auch die staatlichen Unternehmen Bahn und Post mit ihrem Bus- und Schienenverkehr. Weitere Voraussetzung ist die zügige Verwirklichung des von der Bundesbahndirektion Saarbrücken im April 1971 konzipierten Schnell-Bahn-Systems mit einer zügigen Bedienung im Stundentakt für das gesamte Saarland (Kosten 54 Mio DM). Wichtige Bestandteile des Verbundkonzeptes der saarländischen SPD sind:

1. Leistungsfähige Verkehrsplanung durch die Verbundgesellschaft.
2. Einbeziehung grenzüberschreitender Linien nach Forbach und Metz, Saargemünd und Bitsch sowie nach Kaiserslautern und Zweibrücken sowie über Türkismühle in Richtung Norden in die Planung und den Betrieb des Verbundes
3. Reibungsloser Übergang zwischen den einzelnen Verkehrsträgern mittels Fahrschein- und Fahrplanverbund, wobei Umsteigefahrkarten tariflich den Geradeausfahrten gleichgestellt werden.
4. Einheitliche leistungsfähige zentrale Leitung des Verbundes - bei kaufmännischer Selbständigkeit der Unternehmen.
5. Standardisierung des Fahrzeugmaterials und der Wartung.
6. Verbesserung der technischen Übergangsmöglichkeiten zwischen den Verkehrsträgern durch:
 - a. Aufbau eines Park-and-Ride-Systems;
 - b. Ausbau des Bahnhofsvorplatzes in Saarbrücken zu einem Busbahnhof.

Gleichzeitig Ausbau einer leistungsfähigen Umgehungsstraße im Norden Saarbrückens;

c. Abstimmung mit der Sanierung der Innenstädte durch die Errichtung von Fußgängerzonen.

Die Betriebskosten der Träger des ÖPNV sollten dadurch verringert werden, daß sie, sofern sie dem Verkehrsverbund angehören, von Steuern und Abgaben jeder Art befreit werden, woraus sich auch für den Fiskus bei Vermeidung der Reibungsverluste durch zweimaliges Umschichten der Mittel eine wesentliche Vereinfachung ergeben würde.

Da nach dem Gutachten zum Generalverkehrsplan Saarland die Eigenwirtschaftlichkeit dieses Nahverkehrssystems nicht zu erreichen ist, müssen sich Bund, Länder und Gemeinden auf ein Verfahren zur Abdeckung der Defizite einigen.

Diese Einigung muß auch beinhalten, daß Zuschüsse zu den Betriebskosten nur dann gewährt werden, wenn das betreffende Unternehmen sich dem Verkehrsverbund angeschlossen und alle Möglichkeiten der Rationalisierung in diesem Rahmen ausgeschöpft hat.

Materialien zum Umweltschutz

Umweltschutz ist eine der großen Aufgaben zur Hebung der Qualität des Lebens und erfordert alle Anstrengungen, um Leben zu schützen und zu erhalten. Unser Land ist wegen seiner wirtschaftlichen Struktur und seiner hohen Bevölkerungsdichte ein besonderes Problemgebiet.

Daher gilt es, durch eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit, die Menschen unseres Landes umweltbewußt zu machen.

Die Interessen im Rahmen des Umweltschutzes müssen bereits in den Schulen geweckt werden.

Unser Land grenzt, neben dem Bundesland Rheinland-Pfalz, an Frankreich und Luxemburg. Notwendiger denn je ist deshalb ein grenzüberschreitender Umweltschutz zu betreiben.

Für die Sozialdemokraten ergeben sich folgende Gesichtspunkte im Umweltschutz, die sie verwirklichen werden.

1. Die SPD-Saar wird die Bundesregierung auf die dringenden umweltbedingten Schwierigkeiten im Grenzbereich aufmerksam machen und auf europäischen Vereinbarungen über einen gemeinsamen Umweltschutz drängen.

2. Die SPD-Saar wird die derzeit zerfledderten Zuständigkeiten im Umweltschutz bei einer Behörde zusammenfassen und Regelungen treffen, die eine Überwachung der Einhaltung der Umweltschutzbedingungen sicherstellen.
3. Für die SPD-Saar hat der Umweltschutz einen hohen gesellschaftspolitischen Stellenwert. Landesplanung und Raumordnung werden den Bedingungen des umfassenden Umweltschutzes unterworfen.
4. Wald ist grundsätzlich unantastbar. Das Betreten der Wälder ist öffentlich zu erlauben.
5. Landschaftsschutzgebiete bedürfen besonderer Pflege und Gestaltung. Naturparkplanungen werden eingeleitet.
6. Die SPD-Saar wird durch eine Flechtenkartierung des ganzen Landes schleunigst Werte der Luftverunreinigung ermitteln und entsprechende Konsequenzen aus den Ergebnissen ziehen.
7. Die SPD-Saar wird ihren Smog-Warnplan in Kraft setzen und damit sicherstellen, daß die Kontrolle der Immissionsbelastung personell und technisch einwandfrei durchgeführt werden kann.
8. Die SPD-Saar wird eine Standortbestimmung der Energiezentren im Rahmen ihrer raumordnerischen Überlegungen vornehmen. Umweltfreundliche Energien erhalten Priorität.
9. Die SPD-Saar wird dem Lärmschutz erhöhte Bedeutung zumessen und dabei im einzelnen regeln:
 - a) Einschränkung der Flugverkehrsbelästigungen im Bereich des Flugplatzes Ensheim.
 - b) Die Sonntagsfliegerei von kleineren Flugplätzen wird nur noch in Ausnahmefällen zugelassen, wenn eine Belästigung der Anwohner unmöglich ist.
 - c) An den im Saarland entstehenden Naherholungs-Seen und im Bereich der Saar und Mosel wird das Motorbootfahren grundsätzlich verboten.
 - d) Die Baggerseen sind später als Naherholungsgebiete in öffentlicher Hand auszuweisen.
10. Die SPD-Saar wird dafür Sorge tragen, daß alle industriellen, gewerblichen und gemeindlichen Abwässer mechanisch gereinigt werden. Bei Genehmigung gemeindlicher Investitionsvorhaben wird geprüft, ob die Gemeinde eine ordnungsgemäße Klärung der Abwässer sichergestellt hat.
11. Die SPD-Saar wird einen Sondermüllplatz schaffen, um besonders problematische Ablagerungen, wie Autos, Autoreifen, Gifte und Altroel, ohne Gefährdung von Mensch, Tier und Pflanzenwelt durchführen zu können.
12. Die verschiedenen Möglichkeiten der Abfallverwertung sollen zentral geschaffen werden. Müllkippen sollen abgeschafft und begrünt werden.

SPD

Schriftenreihe Politik der SPD-Saar

Heft 4